

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 25, 27. März 1852

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Vierter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Gehorsamste Bitte mehrerer Einwohner Oldenburgs, den Zollanschluß betreffend.

An

die hohe Ständekammer.

Der Anschluß Oldenburgs an den September-Vertrag ist für unser Land so sehr eine Lebensfrage, daß die gehorsamst Unterzeichneten es für eine Pflicht halten auch ihre Ansicht darüber der hohen Ständeversammlung vorzulegen.

Alle Bewohner des Landes sind in materieller, wie in sittlicher Hinsicht dabei so sehr gefährdet, daß selbst bei günstigen Bedingungen eine Ablehnung dem Anschlusse unserer Ueberzeugung nach vorzuziehen ist. Die geographische Lage Oldenburgs und alle seine Verhältnisse sind so günstig und in vieler Hinsicht bevorzugt, daß wir mit keinem andern Staate Deutschlands tauschen möchten. Vergleichen wir unsere ökonomischen Verhältnisse mit denen des Zollvereins, mit Befriedigung können wir sie wohlgeordnet nennen. In Oldenburg kennt man kein Proletariat. Wir wissen kaum von Armuth, viel weniger von Hungersnoth. Wir konnten, namentlich in unserer Stadt, trotz der schlechten Ernte, die Armenbeiträge auf drei Monate erlassen. Droht diesen glücklichen Verhältnissen keine Gefahr durch den Zollverein? Wir befürchten es und haben guten Grund dazu.

Das Schutzzollsystem des Zollvereins drückt hauptsächlich den sogenannten kleinen Mann; seine Bedürfnisse werden um mehr als das Doppelte des jetzigen Preises vertheuert. Ueber 56 Millionen Thaler werden jährlich im Zollverein an die inländischen Industriellen vertheilt, um ihnen einen höhern Gewinn zu verschaffen. Von diesen Millionen müssen aber diejenigen den größeren Theil aufbringen, die vorwiegend aus Arbeitsleistungen ihr Einkommen beziehen. In Preußen allein sollen die Handarbeiterfamilien davon 16 Millionen aufbringen und man nimmt an, daß eine Tagelöhner-Familie  $1\frac{1}{2}$  Monat ihrer Arbeit den Industriellen zum Opfer bringen muß, damit diese höheren Gewinn beziehen oder ohne Concurrenz mit dem Auslande produciren können. Durch die Concurrenz unter den Arbeitern fällt mit der zunehmenden Bevölkerung das Tagelohn, und es soll in den rheinischen Provinzen das Stücklohn der Fabrikarbeiter von 12 Sgr. auf 6 heruntergegangen sein\*).

Dazu kommt nun noch, um den Druck zu vergrößern, die hohe Steuer auf Caffee, Taback, Branntwein und Salz, die besonders den Arbeiter und Tagelöhner trifft und es ist daher nicht zu verwundern, wenn im Zollverein, wie in England und in Frankreich, wo das Prohibitivsystem herrscht, sich ein Proletariat gebildet hat, welches die Menschheit in ihrer tiefsten Erniedrigung dem schauernden Auge darstellt. So sieht

\*) Das System des freien Handels und der Schutzzölle von Prof. Doeniges, Seite 31.



im Anschluß unser Handwerkerstand durch die von uns so verschiedene Gewerbeordnung und durch das geringe Tagelohn im Preussischen für seine Existenz die größte Gefahr.

Was unserem bis dahin durch geseglichen Sinn und Biederkeit seiner Bewohner vor vielen anderen Ländern ausgezeichnetem friedlichen Lande durch den Zollanschluß noch besonders droht, ist der entsetzliche Schleichhandel. Dieser muß, zumal so lange Bremen nicht beitrith, bei unsern weilkünstigen Grenzen einen Umfang erreichen, wie wir ihn sogar während der französischen Zeit nicht gekannt haben. Damals war nur die äußerste Grenze gegen die See zu bewachen, jetzt würde der ganze Weserstrom, die Jade, die Umgegend Bremens u. s. w. zu bewachen sein.

Wie schwierig und fast unmöglich hier eine wirksame Controlle ist und wie sehr bei der hohen Steuer der Reiz zum Schmuggelhandel steigen muß, werden wir nicht zu erörtern brauchen. Ist dieser beklagenswerthe Abweg des Handels einmal eröffnet und betreten, so ist auch der ehrlichste Kaufmann widerwillig gezwungen, mit den gepaschten Waaren sein Lager zu vermehren, will er nicht von seinen Concurrenten, die mit geschmuggelten, wohlfeilen Waaren handeln, vom Markte sich verdrängen lassen. Daß aber der Schleichhandel Entfittlichung jeder Art zur Folge hat, Entfesselung der Leidenschaften, Verachtung der Geseze, sowie die, alle Bande der staatlichen Ordnung lockernde Ansicht, daß Recht und Gesez zwei himmelweit verschiedene Dinge seien und zuletzt im Conflict zwischen beiden, Gewaltthat, Mord und Todtschlag, das sind zu bekannte traurige Erfahrungssätze, als daß man nöthig hätte, sie bei dieser Veranlassung noch weiter zu besprechen. Rechnen wir noch hinzu die im preussischen Zollverein erfundene raffiniert strenge Grenzcontrolle, die allen Verkehr hemmt und die Grenzbewohner gewissermaßen unter Polizeiaufsicht stellt, so scheint uns Grund genug vorzuliegen, dem Anschluß nur mit Sorgen und Angst entgegen zu sehen. Daß das Wohlbefinden der Grenzbewohner für das Ganze aufgeopfert werde, gestehen selbst die Vertheidiger des Zollvereins zu, und beklagen es als eine unvermeidliche Nothwendigkeit. Der schönste Theil unseres Landes aber fiel in diese geplagte Grenzlinie zur Erleichterung Hannovers.

Was endlich noch in volkwirtschaftlicher Hinsicht gegen den Anschluß spricht, ist hinlänglich in öffentlichen Druckchriften dargethan, namentlich auch, daß das Präcipuum uns bei Weitem dasjenige nicht zurück-erstattet, was wir durch die Steuer aufbringen müssen. Oldenburg hat, das ist Thatsache, in aller Hinsicht Opfer zu bringen. Mit Schmerz ersehen wir aus dem von unserer Regierung abgeschlossenen Vertrage, daß für alle die Opfer, welche Oldenburg bringen soll, auch nicht Eine der billigen oldenburgischen Forderungen gewährt worden ist, und daß Oldenburg nun sogar auch noch durch den Salzvertrag mit Hannover ausgebeutet werden soll. Wie unsere Staatsregierung unsere Stellung so ganz verkennen und unsere Interessen so ganz unberücksichtigt lassen konnte, ist uns unbegreiflich. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß nicht allein die aufgestellten billigen Forderungen Oldenburgs, wenn würdig und fest darauf beharrt wird, sondern auch noch andere daran anzuknüpfende Anträge Gewährung finden werden, und jetzt oder nie scheint uns der rechte Augenblick gekommen, die Interessen unseres kleineren Staates, dem größeren Nachbarstaate gegenüber, zur Anerkennung zu bringen und diesen Augenblick zu versäumen würden wir für unverzeihlich halten. Wir erlauben uns daher der hohen Ständekammer folgende für uns wichtige Punkte noch in Erwägung zu geben.

Die 8 Punkte, welche Zeitungsnachrichten zufolge, die Staatsregierung als Bedingung unseres Beitritts aufgestellt haben wird, lassen wir hier unberührt und nehmen an, daß diese jedenfalls gewährt werden müssen.

Soll außerdem aber nur einigermaßen darauf gesehen werden, daß die wesentliche Gefährdung unserer Volkswirtschaft in Consumption, wie in Production wenigstens gemildert werde, so dürften folgende Abänderungen der Steuersätze zu beantragen und zu bedingen sein:

1. Was die Eingangszölle auf Eisen betrifft, so hat Oldenburg im jetzigen Steuerverein sehr bedeutender Ermäßigungen sich zu erfreuen gehabt.

Für geschmiedetes Eisen wird statt des Steuersatzes von 1 Thlr. 3 Gr. für Oldenburg nur 12 Gr. per Centner entrichtet, im preussischen Zollverein aber ist der Steuersatz  $1\frac{1}{2}$  und  $2\frac{1}{2}$  Thlr. Schon hierin liegt die Verurtheilung der Zollvereinsätze, die Unmöglichkeit, daß sie für Oldenburg adoptirt werden können.

Was in volkwirtschaftlicher Hinsicht gegen die hohen Eisenzölle spricht, ist so bekannt, daß es hier wohl nicht ausgeführt zu werden braucht. Daß auch der Rückzoll auf Eisen zum Schiffsbedarf unserer Rhederei Gefahr drohet, ist in Nr. 2578 der Weserzeitung sehr treffend auseinandergesezt.



Bei dieser Steuer auf Eisen würde aber der ganze Schaden unausgeglichen auf unserm Lande beruhen, da wir keine Eisenbergwerke besitzen und trotz der hohen Steuer das gewalzte und geschmiedete Eisen, Weißblech, Eisenblech und Eisendrath, wegen seiner besseren Güte von Schweden und von England zu beziehen fortfahren müßten.

Wir glauben daher: sollte je ein Anschluß an den Septembervertrag beschlossen werden, im dringenden Interesse unseres Landes darauf bestehen zu müssen, daß das Roheisen nach wie vor für Oldenburg zollfrei bleibe und daß die Steuer auf gewalztes und geschmiedetes Eisen, sowie auch Weißblech, schwarzes Eisenblech und Eisendrath gegen den bisherigen Betrag nicht erhöht werde. Die Steuer auf Weißblech ist im jetzigen Steuerverein 54 Grote, im preuß. Zollverein 4 Thaler; auf Eisenblech im Steuerverein 30 Grote, im preuß. Zollverein 3 Thlr.; auf Stahldrath im Steuerverein 2 Thlr. 6 Grote, im Zollverein 4 Thaler. Welche unerhörte Erhöhung würde dieses sein!

2. In Bezug auf die Besteuerung des Zuckers dürften die im Jahre 1850 von Hannover beantragten Steuersätze

|                |             |
|----------------|-------------|
| für Rohzucker  | 3 1/2 Thlr. |
| „ raff. Zucker | 5 1/2 „     |
| „ Syrup        | 1 1/4 „     |

als das höchste Maas der Besteuerung anzunehmen sein. Die Gründe die gegen die hohe Besteuerung des Zuckers und die Begünstigung des Runkelrübenbaues sprechen, sind in den Verhandlungen des Gewerbe- und Handelsvereins (Septemberheft 1848) sehr genügend erörtert und erlauben wir uns darauf hinzuweisen. Daß die hohe Belastung des Zuckers überdies eine unverkennbare Beförderung des Rhedereibetriebs und daher für uns noch um so mehr sehr nachtheilig sein würde, möchten wir uns gestatten, hier noch hinzuzusetzen.

3. Die hohe Steuer auf Wein und Tabak trifft ebenfalls ganz besonders unser Land, da wir beide Consumtionsartikel nicht produciren und nach wie vor französischen Wein trinken und amerikanischen Tabak rauchen würden. Eine Ermäßigung der Steuer möchte hier auch in Rücksicht auf die Rhederei und den Handel zu verlangen nothwendig sein. — Ein Zoll von 3 1/2 Thlr. für Wein und 2 Thlr. für Tabak wäre eine namhafte Erhöhung.
4. Wie nachtheilig ferner die hohen Eingangsabgaben für Fabrikate überhaupt sind und wie der Zollverein von seinem Grundsatz, welcher die Besteuerung von 10 % vom Werth der Waaren sein soll, abgewichen ist, hat in volkswirtschaftlichen Schriften so vielfach Besprechung gefunden, daß uns hier eine weitere Erörterung überflüssig scheint. Von manchen Artikeln ist die Steuer über 100 % und bei den meisten 20, 25, 30, 40 und 50 % vom jetzigen Werth der Waaren.

Eine Ermäßigung dieser Eingangsabgabe scheint uns nothwendig, und auch sogar im Interesse der Finanzen zu sein.

5. Sodann scheint es sehr drückend und nachtheilig für unser Land, daß unsere Haidevulle durch eine Ausgangssteuer belastet werden soll, wenn gleich diese auch nur 24 % beträgt.
6. An Salz soll Oldenburg nach der mit Hannover abgeschlossenen Uebereinkunft künftig nur 260 Last raffinirtes englisches einführen dürfen und es ist nur für die Wangeroger Saline die freie Einfuhr des Steinsalzes gestattet. Da indessen das Bestehen der Wangeroger Saline sehr zweifelhaft ist, so würde Oldenburg auf diese Weise gezwungen werden, seinen größten Bedarf von Hannover zu jedem Preise kaufen zu müssen.

Das Hannoverische Salz wird jetzt an die Salzdebitadministration der Großherzoglichen Cammer billiger verkauft, wie im Lande seiner Production und die Concurrenz hauptsächlich des englischen Salzes hat den Preis über 30 \$ pro Last herunter gedrückt.

Oldenburg darf sich auf keinen Fall in der Einfuhr des Salzes einer andern Beschränkung unterwerfen, als etwa der: nicht mehr als seinen bisherigen Bedarf (ca. 1000 Last) einführen zu dürfen. Woher Oldenburg dieses Quantum nehme, oder ob es dasselbe selbst fabriciren will, muß ihm völlig frei überlassen bleiben. Auch muß die Einfuhr des Steinsalzes nicht auf die Wangeroger Saline beschränkt werden, da das Bestehen dieser Fabrik ihrer Lage wegen gefährdet ist, und über



kurz oder lang vom Meere verschlungen werden kann. Uebrigens wird auch das dieser Saline bei ihrer Gründung auf gewisse Jahre ertheilte ausschließliche Privilegium sehr bald abgelaufen sein.

Daß das Salzmonopol hier jetzt aufgehoben werde und der Verkauf wie in Hannover gegen die gesetzliche Abgabe und Controle, allgemein zu gestatten sei, darf wohl angenommen werden.

7. Für die Stadt Oldenburg würde das Recht freie Privat- oder öffentliche Niederlagen zu halten nothwendig ausbedungen werden müssen, wie solches an Magdeburg und andere Städte zugestanden worden ist.

8. Milderungen des Uebels der strengen Grenzcontrole werden nicht unmöglich sein ohne der Sache zu schaden, und darauf zu dringen sein, daß sich der Grenzbezirk auf  $\frac{1}{2}$  Meile beschränke. Auf das Einzelne weiter einzugehen erlaubt uns der Raum nicht.

9. Einer sehr ernsten Erwägung ist auch die sogenannte Directivbehörde zu unterziehen, welcher der September-Vertrag auch Oldenburg unterwerfen würde. Ihre Organisation und Kompetenzbestimmung muß für eine mangelhafte in vieler Hinsicht gehalten werden. Ihr unterworfen zu sein, wo Uebergriffe so wenig abgegrenzt sind, ist für den kleinern Staat und seine vorherrschend mit ihm Verhältnisse, um die er von andern zu beneiden ist, höchst gefährlich und diese Directivbehörde scheint uns die Selbstständigkeit Oldenburgs völlig auf das Spiel zu setzen. Auf keinen Fall darf dieser die Besteuerung des Salzes ohne Zustimmung Oldenburgs zugestanden werden.

Die gehorsamst Unterzeichneten haben die obigen Anträge in der Befürchtung gestellt, daß trotz der dargelegten bedenklichen Folgen der Anschluß an den September-Vertrag genehmigt werden könnte. Sie meinen indessen, daß Oldenburg nicht in der traurigen Lage ist, dem Zollverein mit seinem jetzigen System beitreten zu müssen, und ist daher ihre gehorsamste Bitte an die hohe Ständekammer, selbst unter obigen günstigen Bedingungen ihre Zustimmung zum September-Vertrage versagen zu wollen.

Obige Adresse, von der Versammlung im Neuenhause zur Ueberreichung an die hohe Ständeversammlung beschlossen, liegt zur Unterschrift aus bei den Hrn. Rathsherr Schlömann, Tischler Blauert und Görtler Sonnwald junr.

### Miscelle.

Charakteristik der Deutschen. — Oberst Vory St. Vincent, Mitglied des Instituts, entwirft in seinem *essai zoologique sur le Genre humain* 1836, einem Buche, das drei Auflagen erlebt hat, und in Frankreich sehr viel gelesen wird, folgende Schilderung der Deutschen: „Die Deutschen haben eine rohe Tapferkeit, sind stark, schweigsam, ertragen geduldig die größten Beschwerden und Schmerzen und selbst die schlechteste Behandlung. Da sie leidenschaftlich dem gegohrenen Getränk ergeben sind, so macht man aus ihnen mit Hülfe des Branntweins und des Stacks ziemlich gute Soldatenmaschinen. Die Weiber, von hoher Gestalt, sind besonders merkwürdig durch den Glanz ihrer Fleischfarbe und durch ihre vollen Formen, welche sich der Maler Rubens zum Modell genommen zu haben scheint, als er seine Römerinnen malte. Die meisten deutschen Weiber verbreiten einen eigenthümlichen Geruch, der schwer zu charakterisiren ist, der aber an das Fleisch frisch geschlachteter Thiere erinnert.“

### Kirchennachrichten.

Vom 20. bis 26. März 1852 sind in der Oldenb. Gemeinde:

1. Copulirt, 18) Gerhard von Eenen und Anna Cornelius in Moorhausen. 19) Diederich Klockgether und Anna Catharine Diken geb. Gerdes am Stau.

2. Getauft, 99) Johann Silbers zum Bürgerfelde. 100) Elise Hermine Charlotte Georgine Hoppe, a. d. Heil. Geistthor. 101) Helene Catharine Elisabeth Meyer zum Bürgerfelde. 102) Johanne Gerhardine Elise Högemann, a. d. Haarenthor. 103) Gesche Helene Catharine Ahlers, Bornhorst. 104) Johann Bernhard Heinrich Schütte, Oldenburg. 105) Gesche Helene Wilhelmine Anna Meyer, Dhmstede. 106) Diederike Helene Catharine Marie Willers, a. d. Heil. Geistthor. 107) Caroline Helene Diederike Hammie, Oldenburg. 108) Johann Gottfried Lübben, a. d. Haarenthor. 109) Ein tmäsel, Knabe.

3. Beerdigt, 54) Oltmann Gotes, 71 J., Bornhorst. 55) Margarete Clemens, geb. Deltje, 60 J., 6 W., Gwersten. 56) Oltmann Heinrichs, 72 J., Oldenburg. 57) Carl Heinrich Christian Feldmeyer, 7 J., Oldenburg. 58) Gerhard Bosh (auch Busch) 70 J., 5 W., Dhmstede.

### Gottesdienst in der St. Lambertikirche.

Sonntag, den 28. März:

Vorm. (Auf. 8½ Uhr) Herr Pastor Groning.

Vorm. (Auf. 10 Uhr) Herr Hofprediger Wallroth.

Bibelfunde (8 Uhr) Herr Pastor Greverus.

D e r

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Vierter Jahrgang.

Erkheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

### Zur Zollvereins-Frage.

(Fortsetzung.)

Aus dem Aufsatz: „Die Agitationen wider den September-Vertrag,“ dessen Artikel 1. uns von dem Redacteur der Oldenburger Zeitung zur Beachtung empfohlen wird, können wir keine Motive ersehen, die für den September-Vertrag sprechen, noch sonst einer Beachtung verdienen. — Solche Phrasen, als:

„Der letzte bedeutungsvolle Regierungsact des im hohen Greisenalter und doch zu früh dahingeshiedenen Königs Ernst, der dem Tode so nahe zum letzten Male seinen hellen staatsmännischen Blick, seine Sorge für Deutschlands Zukunft, seine richtige Würdigung der dauernden und überwiegenden Interessen Hannovers, seine Ueberwindung untergeordneter Bedenklichkeiten vor aller Welt dargethan ic.“ beweisen nichts und weisen eben so wenig Vortheile des Vertrags nach, wie die Verdächtigungen der Gegner, die in den Augen des Verfassers nur Selbstsüchtige, Kurzsichtige, Engherzige, Eigennützigte, Desterreichischgesinnte, Reactionaire und Bureaukraten sind. (Demokraten sind nicht genannt und werden diese wohl für den Vertrag sein.)

Der Verfasser meint: daß die Ausdehnung des Zollvereins bis zum Meere eine geschichtliche Nothwendigkeit ist und daß eine Verzögerung des Beitritts eine Landes-Calamität für Hannover sein würde, wenn später unter ungünstigeren Bedingungen diese doch erfolgen müsse.

Daß die Ausdehnung des Zollvereins bis zum Meere Preußens Aufgabe in finanzieller, wie politischer Hinsicht sein muß, liegt auf der Hand; ob aber der Nichtanschluß Hannovers eine Calamität für die-

sen Staat sein möchte, ist eine Behauptung, die der Verfasser gar nicht bewiesen hat.

Die Erfahrung hat bis dahin dargethan, daß Hannover und Oldenburg sich bei dem jetzigen Steuersystem wohl befunden haben und sich eines allseitigen Gedeihens sicherer volkswirtschaftlicher Zustände rühmen können, wie auch das Hannoverische System alle ihre Interessen, was ohne Ausnahme anerkannt wird, befriedigt.

Daß ein Staat einen neuen Weg für seine gesammte Volkswirtschaft einschlägt, ist eine Sache von der größten Wichtigkeit, dessen nachtheilige Folgen durch das Präcipuum allein nicht gut gemacht werden können.

Wenn das Präcipuum für Hannover auch den Ausschlag gegeben haben wird, so legen wir wenig Gewicht darauf, da auf Kosten unserer Volkswirtschaft dieses von uns selbst aufgebracht werden muß und auch nur für die Gegenwart als eine Entschädigung für die Opfer des September-Vertrags angesehen werden kann. Der den Staatskassen in Aussicht gestellte Gewinn ist ein eben so schwindender und vorübergehender, als die Opfer der Bevölkerung bleibender.

Wir glauben, daß hier die preussische Regierung besser gerechnet hat, wie der Verfasser des oben erwähnten Aufsatzes, welcher aus dem Präcipuum Vortheile für den Hannov. Steuerverein in Aussicht gestellt hat.

Daß in Betreff des Präcipuums noch ein geheimer Artikel existirt, der dasselbe von  $\frac{1}{4}$  Kopfquote des Zolleinkommens auf 6 Sgr. pr. Kopf für den Fall herabsetzt, daß bei Erneuerung der Verträge des Zollvereins im Jahre 1854 ein Theil seiner bisherigen

